



Amt der Tiroler Landesregierung

*Telefax**Verfassungsdienst*

An das  
Bundesministerium für  
wirtschaftliche Angelegenheiten  
Stubenring 1  
1011 Wien

Dr. Gerhard Thurner  
Telefon: 0512/508-2212  
Telefax: 0512/508-2205  
e-mail: [verfassungsdienst@tirol.gv.at](mailto:verfassungsdienst@tirol.gv.at)  
DVR 0059463

**Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die GewO 1994 geändert wird;  
Stellungnahme**

Geschäftszahl Präs.II-312/1092  
Innsbruck, 02.06.1999

Zu Zahl 32.830/78-III/A/1/99 vom 14. Mai 1999

Zu dem oben angeführten Gesetzentwurf wird folgende Stellungnahme abgegeben:

Die in der Novelle vorgesehene Möglichkeit, ein freies Gewerbe im Wege automationsunterstützter Datenübermittlung anzumelden, ist gerade bei freien Gewerben problematisch, da hier der Gewerbewortlaut nicht in der Gewerbeordnung umschrieben ist. Aufgrund der bisher im Zusammenhang mit der Anmeldung freier Gewerbe gewonnenen Erfahrungen ist zu erwarten, dass viele Personen - ohne vorher Kontakt mit der Behörde aufgenommen zu haben - Tätigkeiten als freies Gewerbe anmelden, die in Wirklichkeit einem Handwerk oder gebundenen Gewerbe zuzuordnen sind.

Da bei Personen, die erstmalig ein Gewerbe anmelden, auch sämtliche Urkunden weiterhin beigebracht werden müssen, und weder hinsichtlich der Geburtsurkunde, des Meldezettels, des Staatsbürgerschaftsnachweises noch der Strafregisterbescheinigung automationsunterstützt geführte zentrale Register eingerichtet sind, ist auch keine administrative Vereinfachung gegeben.

Problematisch dürfte weiters auch der Umstand sein, dass nicht eindeutig zuordenbar bzw. nachprüfbar ist, von wem die konkrete Gewerbeanmeldung tatsächlich erstattet wurde. Es ist durchaus denkbar, dass Gewerbeanmeldungen nicht vom darin genannten Gewerbeanmelder selbst, sondern - aus welchen Gründen auch immer - von anderen Personen im Wege automationsunterstützter Datenübermittlung erstattet werden, mit und auch ohne Wissen oder sogar gegen den Willen des angeführten angeblichen Gewerbeanmelders. Mit der Gewerbeanmeldung sind jedoch weitreichende rechtliche und finanzielle Folgen verbunden, wie etwa die Pflichtmitgliedschaft bei der Wirtschaftskammer und bei der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft. Es sollte daher jedenfalls zunächst die Beschlussfassung über das sich derzeit noch

- 2 -

im Begutachtungsverfahren befindliche Bundesgesetz über elektronische Signaturen abgewartet werden.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem der Parlamentsdirektion zugeleitet.

Für die Landesregierung:

Dr. Arnold  
Landesamtsdirektor

Abschriftlich

An alle Ämter der Landesregierungen

gesondert an die Verbindungsstelle der Bundesländer  
beim Amt der Niederösterr. Landesregierung, Wien

an das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Wien

an das Präsidium des Nationalrates, Wien, 25 Ausf.

an alle National- und Bundesräte in Tirol

zur gefl. Kenntnisnahme.

Für die Landesregierung:

Dr. Arnold

Landesamtsdirektor

F.d.R.d.A.:

A handwritten signature in cursive script, likely belonging to the official mentioned in the text.